

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Oberdeutsche Zeitung. 1841-1843 1841

132 (14.5.1841)

Oberdeutsche Zeitung.

Die Oberdeutsche Zeitung erscheint täglich, und wird in Karlsruhe als Anzeigebogen ausgegeben. Der jährliche Abonnementspreis beträgt 6 fl., wozu bei dem Bezug durch die Post noch die Expeditionskosten kommen. Man abonnirt in Karlsruhe bei der Expedition der Zeitung (im Meunischhofbuchdruckung), für auswärtig bei den betreffenden Postämtern.

Die großherzogliche Oberpostamtliche Zeitungsexpediton in Karlsruhe hat die Hauptredaction übernommen. Für Frankreich abonnirt man bei Herrn Alexander, Brandgasse Nr. 28, in Straßburg. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum einer reichhaltigen Zeitschrift mit 3 fr. (bei dem zweiten und jedem folgenden Abdruck mit 2 fr.) berechnet.

Karlsruhe.

Freitag, 14. Mai

1841.

Deutschland.

(Rhein- und Moselzeitung.) Die Maßregel eines Gesetzesvorschlages zur Revision der Getraidezölle in England wird Epoche in der Handelswelt machen. Auch wenn (wie wir glauben) der Getraidezoll nicht ganz abgeschafft wird, so wird schon die Beseitigung desselben mehr werth seyn für die Welt, als alle Zeitungsartikel für und gegen die Zölle, und die auch nur geminderte Zoll-Gesetzgebung wird man in Indien und Kanada, in Neuholand und am Kap spüren. Vor 10 Jahren noch hätten wir Deutsche diese Aufhebung als einen großen Vortheil begrüßt; jetzt danken wir mit keinem Worte dafür. Noch vor 6 Jahren hätte England sich damit Deutschland als Konkurrenten mit seinem Gewerfleibe vom Leibe gehalten; jetzt hilft auch die völlige Aufhebung des Zolls in dieser Hinsicht gar Nichts mehr. Die Aufhebung der Getraidezölle in England wird uns Deutschen nur in so weit nützen, als sie die Einfuhr unserer Frucht nicht mehr ganz werthlos werden läßt, und zwar nur in nassen Jahren, wo sie aber selten bei uns niedrig steht, obwohl es sich manchmal trifft, daß die Frucht in England mißrath, während sie bei uns gedeiht. Uebrigens ist die Einfuhr von Frucht nach England nicht sehr bedeutend. In den 1820er Jahren betrug die Einfuhr jährlich noch keine 300,000 Quarter (etwa 3 Berliner Scheffel der Quarter). Von Irland wurde in den 1820er Jahren jährlich etwa $1\frac{1}{2}$ bis $1\frac{2}{3}$ Millionen Quarter Weizen nach England eingeführt. In den Jahren 1829, 1830, 1831, und 1832 stieg diese Einfuhr auf 2 bis $2\frac{1}{2}$ Millionen Quarter per Jahr, und vom Kontinent etwa $1\frac{1}{4}$ bis $1\frac{1}{2}$ Millionen Quarter. Von 1832 bis 1837 aber gedieh in England aller Weizen so gut, daß außer 5—600,000 Quarter von Irland fast keine Frucht nach England ging. England kann also im Ganzen die Einfuhr entbehren, vorzüglich wenn es Irland aufmuntert und den lächerlichen Eigennutz des Unterschiedes zwischen Irland und England aufgibt. England bedarf jährlich 15 bis 16 Millionen Quarter Weizen, der Quarter hat einen Werth, welcher etwa von 23 Thlr. bis zu 40 Thlr. schwankt, was nach dem Berliner Scheffel gerechnet etwa 3 Thlr. und $5\frac{1}{4}$ Thlr. per Scheffel machen würde, also oft mehr als das Doppelte von unsern Fruchtpreisen. Rechnet man daher, daß der Durchschnittspreis bloß des Weizens in England 30 Thlr. betrüge, so lebte die Bevölkerung Englands um 15 Thlr. per Quarter oder um 225 Mill. Gulden (über 124 Mill. Thlr.) theurer, als die Deutschen, und rechnet man die Hülsenfrüchte, die Gerste, und den Haber, welche sich in ihrem Preise mehr oder weniger nach dem Weizen und Getreide richten, (wie bei uns nach dem Roggen und Weizen) so kann man ohne Uebertreibung die Summe, um welche England theurer lebt, als Deutschland, auf 600 Mill. Gulden jährlich oder über 340 Mill. Thlr. rechnen. Um so viel kommen also jene Engländer zu kurz, welche kein Grundeigenthum besitzen.

— **Wien**, 8. Mai. Der präsidentirende Gesandte bei der deutschen Bundesversammlung, Graf Münch-Bellinghausen, ist von Sr. k. k. Maj., unter Verlassung auf seinem gegenwärtigen Posten, zum k. k. Staatsminister erhoben worden. — Graf Latour, der in den ersten Tagen dieses Monats die Reise nach Kaschau anzutreten beabsichtigte, ist durch ein Unwohlsein hier zurückgehalten.

— **Berlin**, 9. Mai. Da die vorgenommenen Bauwerke in Sanssouci den Aufenthalt des Königs daselbst vor Anfang Juni's nicht zulässig machen, ist das Schloß in Charlottenburg jetzt sehr häufig von K. M. und dem Hofe besucht. — Der Plan zum Bau einer großartigen Kuppel auf dem Berliner Schlosse ist aufgegeben worden; dagegen wird wahrscheinlich schon im folgen-

den Jahre der Bau eines Doms an Stelle des allerdings wenig bedeutenden bisherigen stattfinden. — Cornelius, welcher schon öfter zu Sr. Maj. berufen war, hat die Entwürfe Schinkel's zu den Freskomahlereien des Museums so schön gefunden, daß er sich bereit erklärt hat, die Ausführung selbst zu übernehmen. Seine erste Arbeit soll indeß die Ausschmückung des weißen Saales im Schlosse seyn. — Was die fortwährende Krankheit Schinkel's betrifft, so können wir das Gerücht von einer eingetretenen Besserung, welches neulich von München aus in öffentlichen Blättern erwähnt wurde, leider nicht bestätigen. Auf den Wunsch des Königs hatte Professor Schönlein den Kranken besucht, und seltsamer Weise stellten sich an demselben Tage, jedoch ohne daß der berühmte Arzt irgend Etwas verordnet hatte, einige Zeichen vermehrten Bewußtseyns ein, welche allerdings Hoffnungen erregen konnten. Diese erloschen jedoch bald wieder, und bis jetzt ist keine Veränderung des furchtbaren Zustandes bemerkt worden, der einen hochgearteten Geist vernichtet hat, ohne das physische Leben zu zerstören. — Seit langer Zeit ist die hiesige Universität nicht so wenig besucht worden, als in diesem Sommer, wo eine große Zahl von Studierenden sich den rheinischen Hochschulen zugewendet hat. Viele Professoren haben nur mit Mühe ihre Vorlesungen zu Stande gebracht; andere haben dieselben bis jetzt noch nicht eröffnet. In Betreff des Kronprinzen von Württemberg ist zu berichten, daß derselbe die meisten Vorlesungen durch Privatvorträge der Professoren in seiner Wohnung empfängt; nur Professor Hanke hatte erklärt, keinen Vertrag dieser Art eingehen zu können, worauf der Prinz vor einigen Tagen sich in dem Auditorium einstellte. Die Universität hatte einen Mahagonytisch und zwei Lehnstühle angekauft, welche, neben dem Lehrstuhl des Professors aufgestellt, den Prinzen und seinen Begleiter aufnahmen, der die Vorlesung nachschrieb. — Die königliche Verordnung, durch welche ein Regierungsbevollmächtigter für die Universität in der Person des Direktors der Unterrichtsabtheilung des geistlichen Ministeriums, Herrn v. Ladenberg, ernannt wird, hat zu einer Petition an Sr. Maj. Anlaß gegeben, die von achtzehn Professoren unterzeichnet worden ist. Seit langer Zeit ist das Amt gemeinsam von dem jeweiligen Rektor mit Zuziehung des Universitätsrichters verwaltet worden, was jenen Professoren Anlaß gibt, den König zu bitten, die Einrichtung auch ferner zu belassen, da das wahre Wohl der Universität in dieser Weise am leichtesten gefördert, und Zwistigkeit der Ansichten am besten fern gehalten werde. — Selten erinnert man sich eines so warmen Frühlings, wie der gegenwärtige, welcher fortwährend eines der geeignetsten Jahre ankündigt. Mehrere Unglücksfälle sind in den letzten Tagen mit Badenden vorgekommen, die, vom Schlag getroffen, im Strome den Tod fanden.

Berlin, 3. Mai. Dr. Bunsen, unser Gesandter bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, befindet sich seit vier Tagen hier. Die Zeitungen geben ihm eine Stellung bei Hofe, oder lassen ihn mit einer Mission zu Gunsten der syrischen Christen nach England gehn. Die Wahrheit ist, daß derselbe den erbetenen Urlaub hierher und nach Großbritannien, dem Mutterlande seiner Gattin, erhalten hat und benutzt. Diese Notiz fließt aus glaubwürdiger Quelle. — Neulich standen unweit der Stadt an der Potsdamer Eisenbahn mehrere Zuschauer, den Wagenzug erwartend; er kommt. Plötzlich springt ein Knabe von 8—9 Jahren aus dem Kreise hervor, wirft sich der Länge nach mitten auf der Bahn zwischen die Schienen nieder, und läßt die Lokomotive, wie den ganzen Zug, über sich hingehn, und er bleibt unbeschädigt. Die Anwesenden staunen. „Ha! ruft Einer von ihnen begeistert aus, solcher Muth verdient Belohnung!“ „Mit der Ruthe!“ fällt brummend ein nachsehender Professor ein. (Pr. Bl.)

X Hannover, 10. Mai. Die Wahlen zur Ständerversammlung haben jetzt überall begonnen; wie sie ausfallen werden, darüber kann eigentlich kein Zweifel stattfinden. Desto mehr ist man darauf gespannt, was nachher geschehen werde. Charakteristisch ist das Bestreben der Regierung, in die Zweite Kammer diesmal eine bedeutende Anzahl von Beamten zu bringen, welche bisher noch nicht zu diesem Geschäfte verwendet worden, dagegen diejenigen, welche in den Jahren 1838, 39, und 40 ihre Interessen in Zweiter Kammer verfolgten, diesmal fern zu halten, vielleicht mit zwei oder drei Ausnahmen. Damit sollen nicht allein frische, unabgenutzte Kräfte und Namen in die Kammer gebracht, sondern die Kammer selbst, welche vielleicht durch die rückfichtlosen Angriffe einiger Zeitungen in den Jahren 1839 und 40 von ihrem Ansehen etwas verloren hat, moralisch gehoben werden. In diesen Männern gehören die Kanleiräthe Hoppenstedt, v. Lürke, (Beide bereits von der Universität gewählt, der Erstere als Deputirter, der Andere als Ersatzmann,) Albrecht, (für die Hoya'schen Flecken bestimmt,) Vening, (besonders tüchtig,) Uebelode, und Wedemeyer, Letzterer freilich schon als Vertreter der Regierung in Zweiter Kammer vor 1837 bekannt. — Den Haupt-Streitpunkt in der Ständerversammlung, namentlich in Erster Kammer, wird diesmal das Budget bilden, vorzüglich die beabsichtigte Erhöhung des Militäretats. Gerade in Beziehung auf das Budget mußte die Trennung Braunschweigs und der dadurch herbeigeführte große Ausfall in der Einnahme der Regierung bedeutende Verlegenheiten zuziehen, die aber in der bevorstehenden Ständerversammlung eben noch nicht zur Sprache kommen werden, weil auf die Trennung Braunschweigs, (die doch wohl am 1. Januar 1842 vor sich gehn wird,) und den daraus entstehenden Ausfall in dem vorzulegenden Budget noch überall keine Rücksicht genommen wird, vielmehr die bisherigen Summen nach wie vor zu Grunde gelegt sind. Gerade der großen daraus resultierenden Verlegenheiten wegen wollte man anfangs gar nicht daran glauben, daß es Braunschweig mit der beabsichtigten Trennung Ernst sey. Davon hat man sich freilich jetzt überzeugt, wie auch daß an der Aufnahme Braunschweigs in den großen deutschen Zollverein nicht zu zweifeln sey. Wie man hört, hat die braunschweigische Regierung auch bereits in den letzten Tagen den sehr dort versammelten Ständen angezeigt, daß die eingeleiteten Unterhandlungen wegen Anschlusses an den Zollverein ein günstiges Resultat mit der größten Wahrscheinlichkeit vorhersehen ließen, und daß daher die Ständerversammlung vor ihrer Vertagung eine Kommission ernennen möge, um diejenigen Propositionen zu prüfen, welche die Regierung in Beziehung auf jenen Anschluß zu machen veranlaßt sey. — In Braunschweig soll die Freude über die Trennung allgemein seyn. Für unser Königreich ist freilich der Schaden sehr groß, und zwar nicht sowohl der Finanzausfall, als die dadurch herbeigeführte Trennung des ganzen Landes, das von Braunschweig in zwei Theile (Göttingen und Grubenhagen einerseits und die übrigen Provinzen andererseits) getheilt wird. Zur Vermeidung dieses Uebelstandes sind, außer dem Beitritt von ganz Hannover, nur zwei Möglichkeiten denkbar. Entweder (wie man sich hier mit Hoffnungen schmeichelt) nur der Haupttheil des Herzogthums Braunschweig träte dem großen Zollverbände bei, und der unser Land trennende Weserdistrikt bliebe mit uns verbunden, wie bisher; oder (was wahrscheinlicher ist) das ganze Herzogthum tritt bei, und zugleich die südlichen Provinzen (Göttingen, Grubenhagen, Harz) unseres Landes. Ein solcher Zustand (und vermuthlich wird diese Trennung unseres Landes der Ausgang seyn) wäre zwar sehr unnatürlich, aber da wir gewohnt sind, manchen unnatürlichen Zustand als Provisorium in Geduld zu tragen, so würde man sich auch darein fügen, bis es endlich für das ganze Land zum Anschluß an den Verein kommt. — In den letzten Tagen hat der Staatsrath eine Menge Entscheidungen über Kompetenzkonflikte abgegeben, welche in Prozessen einzelner Individuen seitens der Regierung erhoben waren. Dabin gehören die von Hauptmann Böse, Gutbesitzer Wehner, und Advokat Detmold erhobenen Prozesse gegen den Minister von der Wisch wegen der gegen die drei genannten Herren verhängten Konfiskation. Die Regierung hatte bekanntlich behauptet, die Gerichte hätten sich um diese lediglich als Verwaltungssache zu betrachtende Maßregel nicht zu kümmern, in welchem Sinne denn auch der Staatsrath entschieden hat. Sodann ist in einem von Stürve erhobenen Injurienprozeß eine ähnliche Entscheidung abgegeben worden. Zu Bre-

merlehe (im Herzogthum Bremen) war nämlich in einem Klubb bei einem Abendessen Stürve's Gesundheit ausgebracht worden. Der dortige Beamte hatte in Folge davon den Klubb schließen lassen, und war mit Geldstrafen gegen den Wirth und die Klubbm Mitglieder eingeschritten. Stürve hatte sich veranlaßt gesehen, eine Injurienklage gegen diesen Beamten zu erheben. Auch hier ward ein Kompetenzkonflikt vorgeschützt, und die Sache in diesem Sinne entschieden. Damit sind denn alle diese Sachen vollständig erledigt. Der Hauptmann Böse ist bekanntlich vom Bundestage mit seiner Beschwerde ab- und auf den „durch die Gesetze seines Heimathlandes geöffneten Weg“ verwiesen. — Großes Aufsehen macht hier in diesem Augenblicke der von dem Kommandeur der Artillerie, Generalleutnant Hartmann, einem der ausgezeichnetsten Offiziere der Armee, geforderte Abschied, und die diesem Gesuche vorhergegangenen Umstände. Es heißt, Sr. Maj. der König habe den Abschied verweigert, weil Hartmann's Dienste noch nicht entbehrt werden könnten. Dennoch, glaubt man, wird der Abschied erteilt werden, da General Hartmann ohne Zweifel darauf bestehen wird. Bloßes und vermuthlich ungegründetes Gerücht ist, daß auch der Minister v. d. Wisch seine Entlassung gefordert habe.

Heilbronn, 11. Mai. In der gestern von den Aktionären der Neckar-Dampfschiffahrt gehaltenen Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, unter Zugrundlegung der mit dem französischen Ingenieur Faverg während der Untersuchung des Neckars unterhandelten Bedingungen, sogleich ein Dampfschiff in der Fabrik zu Nantes erbauen zu lassen. Die Kosten desselben mögen sich auf ungefähr 36,000 fl. belaufen, und es wird in 5—6 Monaten vollendet seyn. Das Schiff wird 11' Breite (ohne das Schaufelwerk), ungefähr 120' Länge haben, und größtentheils von Eisen gebaut werden. (Schwäb. Merk.)

Schweiz.

(Basler Zeitung.) Ein Artikel des Schweizerboten enthält, wenn auch in unbestimmter Weise, das Wesentliche, was der Kleine Rath mit Beziehung auf eine frieliche Erledigung der Klosterangelegenheit dem Großen Rathe zu thun anräth. Leider darf man sich aus diesen kleinrätlichen Anträgen, wenn die Angaben des Schweizerboten zuverlässig sind, noch nicht viel für eine dauernde Pazifikation des Kantons versprechen. — „Der Vorschlag beruhe wesentlich auf dem Prinzip der Schuldbarkeit der einzelnen Klöster an dem letzten Austritte.“ Es ist in diesem Blatte und in andern unbefangenen Schweizerblättern zur Genüge dargelegt worden, daß der vorgebliche Hochverrath der Klöster eben nirgends erwiesen sey, daß die aargauische Denkschrift ihren Zweck keineswegs erreicht, ja daß das Einstellen jedes gerichtlichen Verfahrens gegen die angeblich Schuldigen ein starkes Präjudiz für deren Schuldlosigkeit habe erwecken müssen. Es muß daher befremdend erscheinen, daß der Kleine Rath in seinen Vorschlägen auf ein so wenig begründetes Fundament fußt, mit dem auch alle daraus entspringenden Folgesätze fallen. — „Der kleinrätliche Vorschlag beruhe ferner auf dem theils erwiesenen, theils notorischen fiktiven Verfall einzelner Klöster.“ Von diesem Standpunkte aus wird sich aber einmal schwerlich die Allgemeinheit der Klosteraufhebung rechtfertigen lassen, da ein solcher Verfall sich nur auf einen kleinen Theil der Klöster erstreckt; eben so wenig scheint die Aufhebung überhaupt als eine Folge des Sittenverfalls geltend gemacht werden zu können, so lange von Seiten der Regierung auch nicht einmal der geringste Versuch zur Abhahnung einer Sittenreformation der betreffenden Klöster gemacht worden ist. Wer in aller Welt fängt damit an, einen auf Abwege gerathenen Menschen, ehe nur Besserungsversuche angestellt sind, todzuschlagen? — Besonders bedenklich scheint uns nun aber, daß, dem Schweizerboten zufolge, der Kleine Rath in seinem Vorschlage „den Grundsatz des Klosteraufhebungs-Beschlusses festhält.“ Grundsätzlich wird sich dieser Beschluß dem Bundesvertrage gegenüber niemals rechtfertigen lassen; weit mehr scheint uns vor allem nöthig, daß der Grundsatz des Bundesvertrages, Kantonal-übergreifen gegenüber, festgehalten werde, wenn nicht die Anarchie der Bundesverhältnisse offen ausgesprochen vorliegen soll. Klosteraufhebungen kann der Bund, so lange der §. 12 besteht, nur ausnahmsweise und mit seiner Genehmigung gelten lassen. Das ist, nach unserer Ansicht, die wahre Rücksicht, welche Aargau gegen den Bund zu tragen hat, daß es den Bundes-Grundsatz anerkennt, und erst nachher kann von billiger Berücksichtigung

und Zugeständnissen gegen Kargau von Seiten des Bundes die Rede sein.

Spanien.

In dem Augenblicke, wo die Regentenschaftsfrage in Spanien zahlreiche Intriguen veranlaßt und die öffentliche Aufmerksamkeit fesselt, werden einige Betrachtungen über die politischen Personen und Begebenheiten nicht ohne Interesse sein. Wir verdanken nachstehende Mittheilungen einem Freunde, der, kürzlich von einer Reise nach Spanien zurückgekehrt, längere Zeit in diesem Lande verweilte. Es ist eine ziemlich allgemeine, wiewohl sehr irrthümliche Annahme, daß die Königin Christine zum Rücktritt gezwungen worden sei. Die Regentin traf schon seit langer Zeit Anstalten zum Rückzuge, und ging schon längst damit um, ihre feste Habe in bewegliche umzusetzen; sie hatte alle Gemälde, die seltensten Kostbarkeiten, und die ausgezeichnetsten Luxusgegenstände ihres Mobiliars versteigern lassen, und unter der Hand gegen englische Guineen ausgetauscht. Uebrigens machte sie die Reise nach Barcelona wider den Rath und Willen ihrer Minister; sie beabsichtigte, eine persönliche Uebereinkunft mit Gvartero, der zu jener Zeit die Armee auf seiner Seite hatte, abzuschließen, und wenn dieser Plan scheitern sollte, sich nach Frankreich einzuschiffen. Gvartero, wie immer von seiner Umgebung und seinen Vertrauten geleitet, wollte sich auf kein Bündniß mit der Regentin einlassen. Diese zog sich nach Valencia zurück, wo sie noch ganz gut hätte unterhandeln und bleiben können; sie griff aber ihren ersten Plan wieder auf und verzichtete auf die Regentenschaft; sie trat ganz aus freien Stücken ab, und Gvartero ward durch diesen Entschluß so überrascht, daß er die Abreise der Regentin beweinte. Wäre es derselben darum zu thun gewesen, sie hätte Gvartero aufheben und erschießen lassen können; es wurde ihr der Vorschlag dazu gemacht, und die Ausführung desselben war leicht zu bewerkstelligen. Gvartero hatte in Valencia nur einige Adjutanten bei sich, und O'Donnell, der Sache der Königin höchst ergeben, befand sich an der Spitze gut disciplinirter Truppen. Dieser Gewaltstreich hätte aber die ohnehin schon schwierige Lage der Regentin nur noch verschlimmert; sie wäre alsdann vermuthlich zur Flucht genöthigt worden und hätte sich jede Aussicht auf Rückkehr benommen, während sie bei dem jetzigen Stande der Dinge keinen ihrer Ansprüche aufgegeben hat. Nach der Abreise der Regentin scharten sich die Anhänger Gvartero's um diesen zusammen, und der Siegesherzog übernahm die Rolle des Staats-Oberhauptes. Nun ging das Klingelschellen nach Aemtern an; die neuen Glückstritter fielen, unter schrecklichem Gedränge und Gefloße, wie hungrige Hunde über ihre Beute her, die Gesamtheit der Aemter ward zu einem Wirde, welchem Tausende nachstellten, welches Tausende für ihren Nutzen und Vortheil wenigstens auf eine Zeit lang und provisorisch einzufangen suchten; denn daß der Genuß lange währe und der jetzige Zustand Spaniens mehr als ein vorübergehender sei, bezweifeln Alle. Die Revolution, welche mit Gvartero's Diktatur für Spanien eingetreten, beschränkte sich lediglich auf die Umänderung des Beamtenpersonals. Die alten Angestellten mußten den neuen weichen, das war das Hauptresultat, und drei Monate lang wurde in Madrid von nichts Anderem gesprochen. Uebrigens täuschte sich Niemand über die Verdienste und Eigenschaften Gvartero's; man hält ihn allgemein für einen Mann von geringem Talent und zweifelhafter Aechtigkeit, dem die Macht der Umstände und die Geschicklichkeit seiner Adjutanten zu seiner hohen Stellung verholfen, die er keineswegs mit Würde zu behaupten im Stande ist; daher braucht er auch immer Jemanden um sich, der ihm mit Rath und Beistand behilflich ist und seine Schritte lenkt. Die Partei der Bewegung arbeitet auf den Sturz Gvartero's und auf die Republik hin; einige junge Schwindelköpfe träumen sogar von Wiederholung des jakobinischen Drama's für Spanien. Bis jetzt sind jedoch die äußersten Parteien nicht gefährlich und haben wenig zu bedeuten. Man darf sich nämlich keine falschen Vorstellungen von den Aufständen und insurrektionellen Bewegungen machen, die theilweise in den Städten ausgebrochen sind. Nur die bei weitem kleinere Zahl kümmert sich um Politik; die Mehrheit der Nation verhält sich gleichgültig, und läßt die Neuerer gehen; die untern Volksklassen nehmen gleichfalls an den Aufständen keinen Theil, und fragen bloß jeden Morgen: wer ist heute Herr? In manchen Städten von einer gewissen Wichtigkeit, wie z. B. Cordova, erhält man auf die Frage an die Hauptpatrioten der Stadt, wie viel ihrer seien, zur Antwort: „Grade ein Duzend!“ und diese Zwölf leiten gegenwärtig die Be-

wegungspartei; der Gemäßigten sind etwa eben so viel, und diese vierundzwanzig Bürger haben die oberste Leitung über eine Stadt von 30,000 Seelen. Die untern Klassen hegen entweder gar keine, d. h. gänzlich indifferente, oder karlistische Gesinnungen. Die übrigen Einwohner folgen gelehrt und geduldig dem Impulse der Rechten oder der Linken. In Malaga brechen ziemlich häufig Aufstände aus; man darf aber diesen Emeuten keine politischen Beweggründe beimessen. Die Engländer und einige einheimische Kaufleute, die sie in ihr Interesse zu ziehen gewußt, erregen von Zeit zu Zeit einen Aufruhr und läuten die Sturmglocke; während die ganze Stadt zusammenrennt und Alles drunter und drüber geht, lassen sie die Schiffe, welche im Hafen liegen, ruhig ausladen und die englischen Fabrikwaaren ins Magazin schaffen, ohne dieselben bei der Rauth zu verzollen. Was die Angelegenheiten der baskischen Provinzen betrifft, so sind dieselben leicht zu erklären. Biscaya hat eine alterthümliche, patriarchalische-republikanische Verfassung. Wer 21 Jahre alt ist, hat das Recht, an der Wahl der Procuratoren Theil zu nehmen. Die kantonsweise ernannten Procuratoren kommen zusammen und ernennen den Provinzialchef. Das Volk versammelt sich auf dem öffentlichen Platz in Vittoria. Der Provinzialchef tritt auf den Balkon des Stadthauses und schwört, die Fueros aufrecht zu erhalten, die Provinzialfreiheiten zu schützen, in Ehre und Gewissen das Regiment zu führen etc. Ein Procurator fragt das unten versammelte Volk: „Ist euch Der und Der als Vorstand gefällig?“ lautet die Antwort des Volks: „Ja!“ so wird der neue Provinzialchef in seine Würde eingesetzt; heißt es aber: „Nein!“ so muß er auf der Stelle das Amt niederlegen, und es wird sofort zu einer andern Wahl geschritten. Vor mehreren Jahren verwarf das Volk einen Kandidaten, der sich die abschlägige Antwort so zu Herzen nahm, daß er drei Tage nachher aus Gram starb. Alles wird mit der größten Ruhe und Ordnung abgemacht, und noch nie ist es zu Gewaltthatigkeiten gekommen. Die Einwohner der baskischen Provinzen haben demnach, wie aus Vorstehendem erhellt, eine förmliche Selbstregierung, und besorgen ihre Landesverwaltung ohne die Mitwirkung der Madrider Regierung. Die Zahl der besoldeten Beamten beläuft sich nur auf sieben oder acht. Rauth- und Steuersystem kennt man nicht, und das biscayische Ländchen ist der angebaute und wohlhabendste Theil von Spanien. Arme gibt es keine in diesem Landstrich, und die emsige Betriedsamkeit der Bewohner hat bereits jede Spur von den Verwüstungen des letzten Kriegs ausgelöscht. Sie haben es mit Don Carlos gehalten, weil Don Carlos ihnen die Erhaltung ihres republikanischen Gemeinbewesens verhieß. Biscaya ist ein besonderer Staat im spanischen Staate, wo sich noch viele Partikularitäten des Mittelalters bis auf die neueste Zeit erhalten haben. Es liegt ihnen wenig daran, welche Verfassungsform in Madrid herrscht, wenn man sie nur in der eigenen Verwaltung ihrer Provinzen ungestört läßt; sie haben gegen die Cortesversammlungen die Waffen ergriffen aus bloßer Furcht vor den willkürlichen Eingriffen der Madrider Regierung in ihre Freiheiten, und diese Besorgniß hat ihren guten Grund; denn die Regierung zu Madrid ist sehr feindselig gegen die baskischen Provinzen gestimmt, und in Verzweiflung, daß sie ihnen kein Geld abpressen kann. Statt der Abgaben entrichten diese nämlich, nach altem Brauch, dem Könige von Spanien nur ein freiwilliges Geschenk. Madrid, sagen sie, will sich bei uns seine leeren Kassen füllen und seine schwachen Kräfte stärken. Madrid will uns seine ausgehungerten Staatsdiener und Kreaturen auf den Hals schicken, damit wir sie auf unsere Kosten mästen. Das lassen wir nimmer geschehen, und sterben lieber bis auf den letzten Mann, als daß wir in solches Anstinnen willigten.

(Leipz. A. Z.)

Frankreich.

† Paris, 10. Mai. Die Vairskammer konstituirte sich heute als Gerichtshof, um sich das Ergebnis der Untersuchung gegen Darmès vortragen zu lassen, der im Oktober des verflossenen Jahres auf den König schoß. Varon Girod de l'ain verlas das sehr ausführliche Aktenstück. Der Mörder gehörte der republikanischen Gesellschaft „der Kommunisten“ an. Zehn Männer, größtentheils Handwerksgehilfen, waren enger mit ihm verbunden, und es hat sich als wahrscheinlich ergeben, daß sie im Augenblicke des Verbrechens eine Gruppe um ihn bildeten. Einer der Mitverschwornen, Borel, ein geborner Schweizer, hat Geständnisse gemacht, welche der Anklageakte diese nähern Umstände lieferten;

die Uebrigen aber leugnen hartnäckig jede Gemeinschaft ab. Indes hat man bei Allen aufrührerische Schriften und Beweise für ihre Theilnahme an einer geheimen Verbindung gefunden. — Die Deputirten setzen im Sturmschritt ihre Beratungen oder vielmehr ihre Abstimmungen über das Budget fort. In der heutigen Sitzung wurden die Positionen des Ministeriums des Innern durchgenommen, bei welcher Gelegenheit sich ein Deputirter bitter über die Theaterzensur beschwerte; während man politische Anzüglichkeiten verbiete, lasse man Stücke auführen, welche aller Sittlichkeit Hohn sprechen. Die Klage ist auch nur allzu begründet. Die kleinern Theater namentlich bieten ihrem Publikum oft Neuigkeiten, in denen die gemeinste Lächerlichkeit sich breit macht.

△ **Paris**, 10. Mai. Die Briefgeschichte hat Veranlassung zu einer Wiederannäherung der Tullerien an Herrn Thiers gegeben. Der Erminister zeigte auf den ersten Wink die unbedingteste Bereitwilligkeit, seinen Einfluß und seine Feder der Verteidigung des in der Person Ludwig-Philipp's so hart angegriffenen monarchischen Prinzips zu widmen. Daher denn die warmen Plaidoyers des unter der unmittelbaren Leitung des Herrn Thiers stehenden Constitutionnel für den König, und seine mit der Ueberschrift: „ein englischer Rechtsgelehrter“ erschienenen Artikel über die legalen Hindernisse, oder vielmehr die Unmöglichkeit einer gerichtlichen Verfolgung der Zeitgenossen in England wegen Fälschung. Aber Herr Thiers hat zwei Hände, und während er mit der rechten die Krone streichelt, verfehlt er ihr mit der linken im *Courrier français* und im *Siecle* hinterücks von Zeit zu Zeit einen Stoß, der sie nachdrücklich daran erinnert, daß er eben so stark sey, zu schaden, als zu nützen. Indessen verdächtigt man mit Unrecht die royalistischen Gesinnungen des Herrn Thiers. So lange die Monarchie sich selbst hält, wird er gewiß nicht absichtlich an ihr rütteln und schütteln, sie nicht mit Vorbedacht untergraben helfen; fange aber der Bau des Königthums in bedenklicher Weise zu wanken an, alsdann würde sich Herr Thiers gewiß nicht zum politischen Martyrium berufen glauben; er würde vielmehr zur rechten Zeit eine Schwentung machen, die ihn in der neuen Ordnung der Dinge ungefähr auf dieselbe Stelle brächte, die er heute in der Julimonarchie einnimmt. Herr Thiers hat während seiner ganzen politischen Laufbahn diese Eventualität nur auf kurze Momente aus den Augen verloren; er hat nie ein rechtes Vertrauen auf die Dauer des heutigen Staatswesens in Frankreich gehabt, und sich daher so viel wie möglich gehütet, seine Zukunft mit der Zukunft des Julithrones zu identifiziren. Gleichwohl hat er sich in einzelnen Fällen, sey es aus Ueberzeugung, sey es weil ihn die Verhältnisse zu stark drängten, weit genug für die herrschende Staatsordnung kompromittirt, um den Zweifel zu rechtfertigen, ob er unter einer andern Verfassung wirklich, trotz aller Gewandtheit und alles schillernden Glanzes, den Platz finden würde, den er sich vorzubehalten sucht. Aus bloß moralischen Gründen würde Herr Thiers übrigens in einer französischen Republik eben so wenig „unmöglich“ seyn, als er es heute in der Julimonarchie ist.

Langestraße No. 183 sind zwei elegante, möblirte Zimmer im 2. Stock an stille ledige Herrn sogleich oder später beziehbare zu vermieten. Auch werden dieselben über die Dauer des Landtags abgegeben.

In den Hofbuchhandlungen von G. Braun in Karlsruhe und A. Knittel in Nassau ist zu haben:

Wilhelm Hauff's sämmliche Werke

mit des Dichters Leben

von
Gustav Schwab.

Neue, durchgesehene, und ergänzte, dritte Gesamtausgabe letzter Hand. Fünf Bände in Schillerformat. Ladenpreis 6 fl.

Reimer:

Stahl'sche

zu

Wilhelm Hauff's Werken.

In zwei Lieferungen. Erste Lieferung (6 Blatt enthaltend). Preis 40 fr.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Wiehne.

Großbritannien.

London, 8. Mai. Nach mehrfachen kleinen Vorgefächten und Scharmügeln eröffnet sich jetzt das parlamentarische Haupttreffen in Betreff der Zucker- und Getraidezölle. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses zeigte Lord John Russell an, daß der von ihm angekündigte Antrag auf Herabsetzung der Getraidezölle dahin gehn werde, den Zoll von Weizen auf 8 Schilling, von Roggen auf 5, von Gerste auf 4 1/2, von Haber auf 3 1/2 Sch. zu bestimmen. An der Tagesordnung war die Diskussion über die Herabsetzung der Zölle auf Zucker, was zu stürmischen Debatten führte. Lord Sandon stellte den Gegenantrag der Fortes auf Verwerfung der Maßregel, und die Verhältnisse scheinen ziemlich ungünstig für das Ministerium zu liegen, da ihre Gegner sich in geschlossener Schlachtordnung halten, während unter den Whigs auch in Bezug auf diese Frage keine strenge Uebereinstimmung stattfindet. So traten in den heutigen Debatten zwei sonstige Anhänger des Kabinetts, Dr. Lushington und Hr. Handley, als Gegentender der Maßregel auf, weil sie in der Erleichterung der Einfuhr von Kolonialprodukten eine Aufmunterung des Sklavenwesens sehen. — Am Montag sollen die Verhandlungen weiter fortgesetzt werden; man sagt, das Ministerium wolle sich zurückziehen, wenn es eine Majorität gegen sich haben sollte, welche auf mehr als dem Unterschied von ein paar Stimmen beruhe.

Italien.

Neapel, 1. Mai. Die Feindseligkeiten unter den verschiedenen Regimentern der hiesigen Garnison nehmen mehr und mehr einen ernsten Charakter an: zwei Tage nach dem letzterwähnten Vorfall kam es noch zu einer viel blutigeren Schlägerei, die nur durch Einschreiten der bewaffneten Macht geschlichtet werden konnte. Der Kampf entpinn sich auf der Riviera di Chiaja neben dem öffentlichen Spaziergang. Drei Mann sollen getödtet, 10 bis 12 schwer verwundet worden seyn. — Die Schwefelfrage ist nun definitiv beigelegt; der Zoll ist von Tarj 20 auf Tarj 8 per Cant., und zwar vom 1. Januar 1842 an herabgesetzt. Das Regierungsbblatt enthält bereits das k. Dekret über diese Reduktion des Zolls. (Allg. Z.)

Baden.

Karlsruhe, 13. Mai. Der Glaube an eine etwaige Auflösung der Kammer hat sich verloren; die Regierung ihrerseits scheint eine solche Maßregel in keiner Weise zu beabsichtigen. Ein Theil der Kammer soll, wie man sagt, eine Vertagung auf einige Monate, oder vielmehr eine Verurlaubung wünschen, welche letztere vom Präsidium auszugehen hätte, und während deren bloß die eigentlichen Kammerthesen ausgesetzt bleiben, die Kommissionsarbeiten aber ihren Gang fortsetzen würden. Auch spricht man von Vermittlungsschritten, welche bei den H. H. Nischbach und Peter von Seiten parlamentarischer Kollegen gethan worden seyn, um sie zur Abdikation (von der Deputirtenstelle) zu veranlassen. Von Einberufung derselben in die Kammer scheint nicht die Rede zu seyn.

Bekanntmachung.

Höchster Entschliessung zufolge wird im Einvernehmen mit der k. bayerischen General-Postadministration vom 15. Mai v. J. an, ein täglicher Gilmwagen-Kurs zwischen hier und Zweibrücken bestehen, womit außer den Reisenden auch Fahrpost-Stühle und Briefe befördert werden.

Der Gang dieser Gilmwagen ist in folgender Weise regulirt.

Abgang von Karlsruhe: Um 8 Uhr Morgens über Langenandel, nach Ankunft der Gilmwagen von Stuttgart, Würzburg, Schaffhausen, Basel, und Straßburg.

Ankunft in Landau: Um 11 1/2 Uhr. [Mittagsessen.]

Abgang von Landau: Um 12 1/2 Uhr über Annweiler, Kalkenbach, und Birmaszenz.

Ankunft in Zweibrücken: Um 7 Uhr 50 Minuten Abends.

Zurück.

Abgang von Zweibrücken: Um 4 Uhr Morgens über Birmaszenz, Kalkenbach, und Annweiler. [Mittagsessen.]

Ankunft in Landau: Um 11 Uhr 20 Minuten. [Mittagsessen.]

Abgang von Landau: Um 12 Uhr 5 Minuten über Langenandel.

Ankunft in Karlsruhe: Um 3 1/2 Uhr Nachmittags zum Anschluß an den Briefträger nach Würzburg, so wie an die tägliche Briefpost und den dreimaligen Packwagen-Kurs nach Stuttgart.

Die Annahme der Reisenden ist unbeschränkt, und das Perionengeld auf 30 fr. pr. Stelle festgesetzt, wobei 40 Pfund Gepäck frei sind; das Uebergewicht wird nach den betreffenden Tarifen berechnet.

Das Publikum wird von dieser neuen Einrichtung hiemit in Kenntniß gesetzt.

Karlsruhe, den 4. Mai 1841.

Großherzogliches Ober-Postamt.

v. Kleudgen.

Verleger und Drucker: A. Knittel.